

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

SPD und Volt

Betreff

Gesunde Verwaltung statt Prämienlogik – Betriebliches Gesundheitsmanagement stärken

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 100 Haupt- und Personalamt.

Damit wird das Budget für das Betriebliche Gesundheitsmanagement in der vollen angemeldeten Höhe bereitgestellt. Das Mitarbeitendenempfehlungsprogramm in Höhe von 200 TEUR wird im Gegenzug eingestellt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	175	0
Jahr 2	175	0
Jahr 3	175	0
Jahr 4	175	0
Jahr 5	175	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	100 Haupt- und Personalamt
(Mitteilungs-) Vorlage	1040/2025
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr. *)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Eine leistungsfähige Verwaltung braucht gesunde, motivierte und langfristig beschäftigungsfähige Mitarbeitende. Vor dem Hintergrund steigender Belastungen in vielen Bereichen, wachsender Fachkräfteengpässe und eines zunehmenden Krankenstands ist das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) ein zentraler Bestandteil nachhaltiger Personalpolitik. Die im Verwaltungsentwurf vorgesehene Kürzung des BGM-Budgets von 675 TEUR auf 300 TEUR würde diese strategisch wichtige Aufgabe erheblich schwächen. Prävention, Gesundheitsförderung und psychosoziale Unterstützung sind keine „freiwilligen Extras“, sondern Voraussetzung für eine funktionierende Verwaltung. Sie tragen unmittelbar zur Senkung von Fehlzeiten, zur Erhöhung der Arbeitszufriedenheit und damit zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Stadt bei. Die Abschaffung des Mitarbeitendenempfehlungsprogramms ist eine bewusste Priorisierung begrenzter Ressourcen unsererseits. Während dieses Programm punktuell Anreize für Neueinstellungen setzt, stärkt das BGM dauerhaft die Beschäftigungsfähigkeit und das Wohlbefinden der gesamten Belegschaft.

Gezeichnet

Jasmin Meergans, Fraktionsvorsitzende

Stefan Conzelmann, Fraktionsvorsitzender

Tillmann Bollow

Sara Dahme

Dr. Maria Hackl

Celine Hirschka

Dejan Perc

Lucia Schanbacher

Clara Streicher